

Von unserer Redakteurin
Susanne Schwarzbürger

Wir wussten, dass wir eine Verwaltungsgemeinschaft beschließen müssen“, erinnert sich Julius Scheffler. Der 86-Jährige war in den 70er Jahren Bürgermeister von Nordheim. Der Verwaltungsverband, offiziell „die vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Lauffen-Nordheim-Neckarwestheim“ (VVG), sei von Hans Roller angeregt worden, dem damaligen Bürgermeister von Lauffen. „Neckarwestheim und wir waren einverstanden.“ Sie besteht seit nunmehr 50 Jahren.

Freudig angetan von dem Beschluss, die Verwaltungen miteinander zu verknüpfen, war man in den drei Kommunen damals nicht. Man habe sich arrangiert, weiß Neckarwestheims Bürgermeister Jochen Winkler: „Am Anfang war die Zusammenarbeit gar nicht so gewollt.“

Turbulent Doch konnte durch die VVG die Selbstständigkeit der drei Kommunen in den turbulenten Jahren der Kommunalreform der 1970er Jahre erhalten bleiben. Denn die bewegten Zeiten endeten mit der sogenannten Gemeindereform und dem Zusammenschluss vieler Kommunen. Mindestens 5000 Einwohner sollten die Ortschaften zur Selbstständigkeit haben. Dies war 1970 weder bei Nordheim, noch bei Neckarwestheim (damals 1649 Einwohner) der Fall. Da Nordheim Heilbronn zugeschlagen werden wollte und sollte und die Landesregierung keinen kreisübergreifenden Zusammenschluss von Neckarwestheim und Gemmrigheim genehmigte, einigte man sich auf das kleinste Übel: die VVG mit Lauffen.

„Die Selbstständigkeit hat Neckarwestheim gut getan. Die Gemeinde hat sich gut entwickelt“, findet Sarina Pfründer mit Blick auf den kleineren Nachbarn. Sie ist als Bürgermeisterin der „erfüllenden Gemeinde“ Lauffen Sprecherin der VVG. Da man damals den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ gesucht habe, „haben wir sehr wenige Pflichtaufgaben gemeinsam“, so Pfründer: „Als einziges müssen wir den Flächennutzungsplan gemeinsam erstellen.“

Das bestätigt Julius Scheffler: „Die Flächennutzungsplanungen



Die VVG Lauffen-Neckarwestheim-Nordheim ist auch Teil des Neckar-Zaber-Tourismus-Vereins. Sehenswert ist schon die Lauffener Rathausburg (links).

Foto: Archiv/Veigel

Kommunen wollen keine zweite Gebietsreform

LAUFFEN/NORDHEIM/NECKARWESTHEIM *Bürgermeister freuen sich über 50 Jahre vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft*

waren der wichtigste Punkt.“ Größere Gemeinden hätten kleinere unterstützen sollen: „Es ging um die Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden.“ Jedoch sei man so gut ausgestattet gewesen, „dass eine Unterstützung nicht notwendig war“.

Wo es sinnvoll ist, erklärt Sarina Pfründer, habe man dennoch freiwillig Daueraufgaben übernommen. „Die Unterhaltung der Gemeindeverbindungsstraßen und die Arbeiten der Verkehrsbehörde wurden auf die Stadt Lauffen übertragen“, sagt dazu Jochen Winkler. „Mittlerweile arbeiten wir auch im Klimaschutz (wir haben einen gemeinsamen Klimaschutzmanager) und im Ordnungsbereich zusammen.“ Der Neckarwestheimer Rathauschef glaubt: „Es gibt sicherlich weiteres Potenzial, mit dem sich die Kollegen noch beschäftigen werden.“ Auf dieser freiwilligen Basis funktioniert die Zusammenarbeit gut. Auch Volker Schiek, der Bürgermeister

Nordheims, bestätigt: „Die VVG hat sich bewährt und in all den Jahren gut gearbeitet, wenn auch im Wesentlichen auf die gemeinsame Flächennutzungsplanung beschränkt. Es würde mich aber nicht wundern, wenn wir die bestehende Organisation in der Zukunft nutzen, um weitere Aufgaben im Sinne verstärkter in-

terkommunaler Kooperation gemeinsam zu erledigen.“

Flexibel Innerhalb der VVG sei man auf Augenhöhe, sagt Pfründer. Es sei nie um ein „Einkassieren“ gegangen, sondern um partnerschaftlichen Umgang. Zwar sei beispielsweise Lauffen der Standort für die

gemeinsame Musikschule, hier würden auch die Abrechnungen für die Lehrkräfte gemacht. Der Unterricht lief aber an verschiedenen Orten: „Da sind wir flexibel.“ Auch die IAV-Beratungsstelle betreibe man gemeinsam. Reibereien, sind sich die Bürgermeister einig, habe es nie gegeben. Wegen knapper Personalkapazitäten und schwierigerer Finanzen in Gemeinden sieht die Lauffener Bürgermeisterin aktuell ein „schwebendes Damoklesschwert“ in Form von gesetzlichem Zwang zu mehr Zusammenarbeit. Auch heute schwingen wieder die Gesetze von damals im Hintergrund mit, „dass Kommunen effektiv arbeiten sollen“. Doch: „Wir Kommunen würden keine zweite Gebietsreform begrüßen.“ Die Richtung hin zu mehr Kooperation hält Pfründer jedoch „für richtig und gut“. Die Zusammenarbeit müsse jedoch freiwillig von den drei Partnern ausgehen. Wegen des Fachkräftemangels sieht sie im IT-Bereich dafür Potenzial.

Interkommunal

Die vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft (VVG) ist eine Form der interkommunalen Kooperation in Baden-Württemberg. Bei ihr übernimmt eine sogenannte „erfüllende Gemeinde“ die **Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbands** – in diesem Fall Lauffen. Allerdings ist die vereinbarte keine Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit auch kein Gemeindeverband. Bei den Kommunalwahlen werden in jeder Gemeinde VVG-Ausschussmitglieder mit gewählt. Sie treffen sich mindestens einmal jährlich.

Die Verwaltungsgemeinschaften wurden in Baden-Württemberg erstmals im Rahmen des Gesetzes zur **Stärkung der Verwaltungskraft** kleinerer Gemeinden vom 26. März 1968 eingeführt, das Teil der Gebietsreform in Baden-Württemberg war. Das Erste Gesetz zur Funktionalreform vom 14. März 1972 wies den Verwaltungsgemeinschaften einen Mindestkatalog an Aufgaben zu. Im Jahr 2020 gab es 156 vereinbarte Verwaltungsgemeinschaften, zu denen sich 471 Gemeinden zusammengeschlossen hatten. red